

Antrag 115/I/2020

AG 60plus Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Bürgerversicherung (Renten- und Krankenversicherung) voranbringen

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
2 Kabinettsmitglieder werden aufgefordert, angesichts des
3 demografischen Wandels weiterhin das Thema Bürger-
4 versicherung nachdrücklich voranzubringen.

5

6 **Begründung**

7 Die Altersversorgung der Beamten und auch der Parla-
8 mentarier ist völlig aus der Zeit gefallen und muss drin-
9 gend reformiert werden. Insbesondere, dass Abgeordnete
10 nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, ist
11 der breiten Bevölkerung nicht vermittelbar. Denn wer Soli-
12 darität einer Gesellschaft einfordert - und hier sind Volks-
13 vertreter in besonderer Pflicht - sollte diesen Anspruch
14 auch für sich gelten lassen.

15

16 Bezüglich der Altersversorgung der Beamten schließen
17 wir uns den Forderungen des Deutschen Gewerkschafts-
18 bund (DGB) an, der den Umbau der gesetzlichen Renten-
19 versicherung fordert. So sollen künftige auch Beamte und
20 Bundestagsabgeordnete Beiträge zur gesetzlichen Ren-
21 tenversicherung entrichten.

22

23 Bundesarbeitsminister Hubertus Heil wollte eigentlich
24 noch 2019 eine Reform für eine Rentenversicherungsp-
25 flicht für Selbstständige, speziell für Freiberufler, auf
26 den Weg bringen, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart
27 ist. Hier sind jetzt rasche und konkrete Handlungen an-
28 gesagt.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

**Wir bekräftigen unsere Forderung nach einer Erwerbstäti-
genversicherung bei der Alterssicherung und Krankenver-
sorgung.**

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
Kabinettsmitglieder werden aufgefordert, angesichts des
demografischen Wandels weiterhin das Thema Bürger-
versicherung nachdrücklich voranzubringen.